

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir, die Beschäftigten und Studierenden der Justus-Liebig-Universität, sind alarmiert.

Auf Grund Ihres Nachtragshaushalts sind im Hochschulpakt für dieses Jahr 34 Millionen Euro gestrichen worden und für nächstes Jahr weitere Kürzungen angekündigt. Es ist zu befürchten, dass diese Kürzungen in erster Linie unsere befristet Beschäftigten treffen werden.

Auch mit der aktuellen Finanzierung sind Stellensperren und der Fachkräftemangel an der Hochschule Alltag und sorgen schon heute für Arbeitsverdichtung. Hieraus ergeben sich für die Betroffenen zum Teil bereits gesundheitliche Belastungen. Mit den aktuellen Budgetkürzungen ist für diese Kolleginnen und Kollegen keine Entlastung in Sicht. Wir befürchten, dass auf Grund der Kürzungen keine Vertragsverlängerungen für befristet Beschäftigte, keine Höhergruppierungen und keine Nachbesetzungen von freiwerdenden Stellen möglich sein werden.

Eine Ausweitung der Finanzierung mit Drittmitteln kann nicht die Lösung sein. Drittmittel führen nur zu Einschränkungen in der Freiheit der Forschung.

Die Landesregierung und Gewerkschaften haben bei der letzten Tarifverhandlung im März eine Ausweitung unbefristeter Beschäftigung an Hochschulen vereinbart. Budgetkürzungen, die befristet Beschäftigte stets als Erste treffen, würden diesen bundesweit beachteten Erfolg konterkarieren. Sichere Arbeitsplätze und qualitativ hochwertige Forschung und Lehre gibt es nur mit einer angemessenen Finanzierung.

Die Kürzungen bei der Grundfinanzierung der Hochschulen wirken sich massiv auf das Leben der Studierenden aus, denn entstehende Kosten werden auf die Studierenden abgewälzt. Gerade Studierende, die als Gruppe besonders von Armut betroffen sind, brauchen eine finanzielle Entlastung. Weiterhin haben die Kürzungen auch direkte Auswirkungen auf die Studienbedingungen, denn der Stellenabbau gefährdet die Qualität der Lehre und des Studiums. Unzureichende Ausfinanzierung des tertiären Bildungsbereichs gefährdet die Demokratie an den Hochschulen und in der Gesellschaft. Wir fordern den Stellenausbau im Bereich der Lehre und Investitionen insbesondere in die Geistes- und Sozialwissenschaften.

Für 2025 sind weitere Reduzierungen geplant. Das in einer Zeit, in der mit weiteren Kostensteigerungen zu rechnen ist. Auf Grund dessen, dass in den kommenden Jahren dauerhaft ein zweistelliger Millionenbetrag fehlen könnte, sind hessenweit hunderte Stellen, ganze Institute oder Fachbereiche in Gefahr.

Dagegen wehren wir uns! Wir fordern von der Landesregierung eine auskömmliche Grundfinanzierung der Hochschulen, die trotz Preissteigerungen gute Lehre und Forschung ermöglicht. Sie dient nicht zuletzt der Verteidigung und Stärkung demokratischer Strukturen und zivilgesellschaftlicher Werte. Wir unterstützen die gemeinsame Stellungnahme der Konferenz Hessischer Hochschulen (KHU) und die Forderungen der Universitätsleitungen in Hessen für die Hochschulpaktverhandlungen. Die Jahresbudgets müssen um mindestens fünf Prozent steigen. Zusätzlich braucht es für 2025 einen Inflationsausgleich von fünf Prozent.

Wir fordern eine auskömmliche Finanzierung der hessischen Hochschulen

- für gute Studienbedingungen,
- sichere Beschäftigung
- und unabhängige Forschung.

Investitionen in die Hochschulen sind Investitionen in die Zukunft.

Die Beschäftigten und Studierenden der Justus-Liebig-Universität Gießen